Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : lieber Genosse Lafontaine!

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeichen der Zeit
Lieber Genosse Lafontaine!

Lieber Genosse Lafontaine!

Dank ein paar freien Tagen bin ich endlich dazu gekommen, Ihr Buch «Das Herz schlägt links»* mit der ihm angemessenen Sorgfalt zu lesen. Gerne gebe ich hier meine Eindrücke wieder, die weit tiefer gehen, als ich nach verschiedenen Rezensionen und Reaktionen erwarten konnte. Das Buch wird allzu rasch als eine blosse Rechtfertigungsschrift für Ihren Doppelrücktritt als Finanzminister und als Vorsitzender der SPD abgetan. Aber es ist weit mehr als ein Plädoyer in eigener Sache. Es zeigt die Risse auf, die heute nicht nur durch die SPD gehen, sondern die letztlich auch die ganze europäische Sozialdemokratie entzweien. Auf der einen Seite wächst die Zahl sozialdemokratischer Politiker und Politikerinnen, die im Mainstream neoliberaler Wirtschaftsdogmen mitschwimmen und sich im Konvertiteneifer der von Marx zum Markt Bekehrten gleich noch die antisozialistischen Versatzstücke des politischen Gegners aneignen. Auf der andern Seite gibt es eine grundsatztreue Basis, für die nicht einfach alles falsch sein kann, was die Arbeiterbewegung mit ihren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität 100 Jahre lang erstrebt und teilweise auch erreicht hat. Für diese Basis ist «Das Herz schlägt links» ein ermutigendes Buch, da es sozialdemokratische Perspektiven für Deutschland, für Europa und für eine neue Weltwirtschaftsordnung aufzeigt.

Gerne möchte ich den Leserinnen und Lesern der Neuen Wege mitteilen, wie ich nach der Lektüre dieses Buchs Ihren Rücktritt verarbeite, wie sehr ich mit Ihrer Kritik am Neoliberalismus innerhalb der eigenen Reihen übereinstimme, und was ich mit Ihnen, aber auch von Ihnen für die Sozialdemokratie erwarte. Seitenblicke auf die gegenwärtige Auseinandersetzung in der SP Schweiz sind nicht ganz zufällig.

Seitenblick auf die SPS

Natürlich macht den Leser oder die Leserin besonders betroffen, was Sie zur *Vorgeschichte* Ihres doppelten Rücktritts als Finanzminister und als Vorsitzender der SPD schreiben. In Ihrem Buch verkommt das *Bundeskanzleramt* zur Intrigenküche gegen den Parteivorsitzenden. Die Vereinbarung, dass alle wichtigen Entscheidungen im Einvernehmen zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzendem getroffen werden sollten, galt schon bald nichts mehr: «Absprachen wurden nicht eingehalten, die Regierungsarbeit wurde nicht koordiniert, der für eine erfolgreiche Regierungsarbeit notwendige Teamgeist war nicht vorhanden.» Sie müssen sich immer wieder der Heckenschützen aus dem Kanzleramt erwehren. Es heckte offenbar auch das Schröder/Blair-Papier aus, das sich ideologisch von der Sozialdemokratie verabschiedet, um statt dessen in der Sackgasse einer Marktwirtschaft pur zu landen.

Ähnliches erleben die Schweizer Genossinnen und Genossen zur Zeit im Konflikt um ihre Parteipräsidentin *Ursula Koch*. Nur geht das innerparteiliche Gerangel nicht von einem Regierungsgebäude aus, sondern von sozialdemokratischen Parlamentsmitgliedern, die ihre unbestreitbaren Fähigkeiten mehr für die Eigenprofilierung einsetzen als für die Grundwerte der Partei. Gewiss muss Solidarität nicht Kritiklosigkeit bedeuten, aber ebenso gewiss sollte Kritik die Solidarität nicht verletzen. Eine wenig hilf-

reiche Kritik kommt auch von ehemaligen Parteipräsidenten der SPS, die eh nur gut finden, was sie selbst vollbracht haben. Es fällt ihnen offenbar schwer, eine Nachfolgerin zu ermutigen, die sich nicht zu schade ist, die lokalen Sektionen zu besuchen und mit ihnen über eine grundwerteorientierte Zukunft der Partei zu diskutieren. Statt auf diese Qualität einer Basisfrau mit hohem ethischem Anspruch zu setzen, wird die ganze Grundwertediskussion von den Alt-Präsidenten und von Teilen des Parteiapparates mit einem müden Lächeln quittiert.

Das geht soweit, dass der Programmkommission, die den Diskurs über die Grundwerte und ein *neues Programm* führen und vor allem anregen sollte, kein Geld, geschweige denn ein professionell arbeitendes Sekretariat zur Verfügung gestellt wird. Die SP Schweiz ist wohl die einzige sozialdemokratische Partei, für die sich das eigene Programm «nicht rechnet». Ich weiss, wovon ich spreche, da ich selbst Mitglied dieser Programmkommission bin. Sie waren der Geschäftsführende Vorsitzende der Programmkommission der SPD. Ihre Erfahrung mit dem Grundsatzprogramm 1989 zeigt, dass eine grosse linke Volkspartei zerfällt, wenn sie sich nicht auf gemeinsame Grundwerte, auf gemeinsame Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft verständigen kann.

Die Parallele zwischen der Vorgeschichte Ihres Rücktritts und den Angriffen auf die Präsidentin der SPS besteht in der *Glaubwürdigkeitslücke* einer Partei, die *Solidarität* in der grossen Politik verwirklichen will und nicht einmal in der Lage ist, Solidarität in den eigenen Reihen zu praktizieren. Sie, lieber Genosse Lafontaine, bringen es auf den Punkt, wenn Sie schreiben, es gehöre zur Tradition der SPD, «ihren Mitgliedern das Gefühl zu geben, dass sie in einer Gemeinschaft von Menschen angekommen sind, die füreinander einstehen wollen». Und weiter: «Aus dieser Tradition heraus erklärt sich die Anrede Genossinnen und Genossen. Solidarität und Mitmenschlichkeit müssen das Innenleben der SPD bestimmen. Wie oft versagen wir dabei durch Gleichgültigkeit oder Selbstsucht.» So gibt es bei Ihnen wie bei uns «Genossinnen und Genossen», denen «die eigene Medienpräsenz ... wichtiger ist als das Gesamtinteresse der ... Sozialdemokratie, die keiner als Trampolin für eigene hohe Sprünge missbrauchen darf». Sie übernehmen dieses – leider verallgemeinerungsfähige – Zitat von *Hans-Jochen Vogel*.

Fragen zum Rücktritt vom Präsidium der SPD

Doch zurück zu den Umständen Ihres Rücktritts. Entscheidend war für Sie nicht so sehr der *politische Graben*, der sich zwischen Ihnen und dem Bundeskanzler auftat. Darüber hätten Sie vielleicht hinwegsehen können, wäre es nicht zugleich ein Graben zwischen der gewählten Regierung und ihren *Wählerinnen und Wählern* gewesen.

Sie unterscheiden zwischen dem Ministerrücktritt, der zur «demokratischen Kultur» gehöre, wann immer ein Mitglied der Regierung mit deren Politik nicht einverstanden ist, und dem «Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden». Die Unterscheidung ist wichtig, denn ich meine, der *Ministerrücktritt* sei *plausibler* gewesen als der gleichzeitige Rücktritt vom Präsidium der SPD. Sie argumentieren für die Unvermeidlichkeit des Zusammenhangs beider Rücktritte: «Ein ständiger Streit zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzendem hätte der Regierung und der SPD sehr geschadet.» Erlauben Sie mir dazu ein grosses Fragezeichen.

Sie begründen Ihre Entscheidung mit der Abkehr der rot-grünen Regierung vom *Wahlversprechen*, «mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu verwirklichen» und damit «nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch einen Politikwechsel» anzustreben. Sie mussten feststellen, dass der Kanzler und seine Entourage eine andere Politik verfolgten, als sie den Wählerinnen und Wählern versprochen worden war. Sie schreiben: «Es ist einfach nicht seriös, im Herbst 1998 gegen ‹soziale Kälte› zu Felde zu ziehen, um im Frühjahr 1999 die Sozialdemokratie zu verabschieden.» Gerade darum aber meine ich, hätten Sie nicht auch

vom Amt des Parteivorsitzenden zurücktreten sollen. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, den Kanzler und die Regierung im Namen der Partei an die Wahlversprechen zu erinnern und notfalls die Konfrontation nicht zu scheuen. Dadurch dass Sie kapitulierten, war niemand mehr da, der dieses Wahlversprechen hätte durchsetzen können.

Sie argumentieren zwar, dass die Partei ja schliesslich nicht Sie, sondern Schröder als Kanzlerkandidaten nominierte. Ihr Rücktritt vom Parteivorsitz wäre demnach als Akt der *Loyalität* gegenüber Gerhard Schröder und gegenüber der Partei, die ihn als Kanzler wollte, zu werten. Aber, und hier gibt es ein grosses ABER: Wie steht es dann mit der Loyalität gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die ihm das Mandat für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit erteilt haben? Wenn schon der Kanzler und seine Regierung diese Loyalität verletzen, wäre es dann nicht erst recht Auftrag der Partei, die – auch in ihrem Namen – Regierenden an die Versprechen zu erinnern, für deren Einlösung sie gewählt wurden? Und wie anders, besser, hätte die Partei diesen Auftrag wahrnehmen können als unter Ihrer Führung? Dass Schröder nun den Parteivorsitz übernommen hat, honoriert das gebrochene Wort gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Was ist überhaupt von einem SPD-Vorsitzenden zu halten, der sich vor der Kanzlerkür «die Zustimmung der Medien dadurch erworben hatte, dass er sich immer wieder abfällig über die Partei und ihr Programm äusserte»?

Neoliberalismus in den eigenen Reihen

Kaum hatten Sie Ihren Posten geräumt, ist der sozialdemokratische Damm gegenüber der neoliberalen Flutwelle geborsten. Am 8. Juni 1999 wurde kurz vor der Europawahl das *Schröder/Blair-Papier* veröffentlicht. Jetzt können Sie gegen den damit verbundenen «radikalen Kurswechsel der rot-grünen Koalition zum Neoliberalismus und das Vom-Tisch-Nehmen der Wahlversprechen» nur noch ein Buch schreiben. Das Buch soll uns immerhin eine Lehre sein, uns, das heisst auch der Sozialdemokratie in andern europäischen Ländern. Es geht, wie Sie schreiben, um einen «fundamentalen Richtungsstreit».

Es geht um die Auseinandersetzung mit dem, «‹einheitlichen Denken›, das nur noch die Gesetze des Marktes gelten lässt». Sie erinnern an Leszek Kolakowskis «Der Mensch ohne Alternative», diesen «Aufschrei gegen stalinistische Denkverbote». Bald sind wir wieder soweit, wenn das vermeintliche «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) sich mit der *strukturellen Gewalt neoliberaler Globalisierung* durchsetzen sollte. Warum sind die «intellektuellen Linken» nicht zur Stelle, die als erste auf diese Zerstörung der (politischen) Freiheit im Namen der (ökonomischen) Freiheit reagieren müssten? Sie sprechen gar von einer «geistigen Kapitulation».

Bereits Ihre *Mannheimer Rede* 1995 trat den «neoliberalen Ideen» in den eigenen Reihen entgegen, diesem «Standortgejammere», das zur Rechtfertigung von Sozialabbau, Lohnkürzungen und Steuersenkungen bemüht wird. Es geht vom verstaubten Rezept aus, dass jedes Angebot eine Nachfrage schaffe. «Die Weisheit, dass derjenige, der irgendwo eine Kneipe oder einen Laden aufmacht, sich erst fragt, ob er genug kaufkräftige Kunden hat, ist der angebotspolitischen Glaubensgemeinschaft nicht zu vermitteln. Sie ist fest davon überzeugt, dass die Investoren Vertrauen schöpfen, wenn soziale Leistungen gekürzt werden, in den öffentlichen Haushalten gespart und Lohnzurückhaltung geübt wird.» Sie zitieren dagegen das schöne Wort von «Bruder Johannes» (Rauh), dass die Sozialdemokratie die *«Schutzmacht der kleinen Leute»* sei. In dieser Rolle hat sich die Arbeiterbewegung im Bewusstsein der Menschen verankert. «Mit Sprüchen wie: Die sozialen Leistungen sind zu hoch, die Löhne sind zu hoch, die Arbeitsbedingungen müssen noch flexibler werden, und die Arbeitnehmerrechte müssen weiter abgebaut werden, kann kein Sozialdemokrat Wahlkämpfe bestehen.»

Im *Schröder/Blair-Papier* sehen Sie eine «derart rasante und waghalsige ideologische Wende», wie es sie «wohl noch nie

gegeben» habe. Sie weisen nach, dass dieses Papier nicht einmal Anthony Giddens gerecht wird, dessen Thesen für Blairs «Dritten Weg» es wiedergeben sollte. Denn Giddens verlangt eine politische und nicht nur eine ökonomische Globalisierung. Er spricht von einer «Regulierung der Finanzmärkte» und des Welthandels, von der die Autoren des Schröder/Blair-Papiers nichts zu wissen scheinen. Zur ökologischen Erneuerung der Gesellschaft trägt Giddens ebenfalls mehr als nur Platitüden vor. Bei ihm findet sich auch nichts von einer «historisch blinden Diffamierung des Sozialstaats» (wie im Schröder/Blair-Papier). Nochmals, diese «ideologische Wende» hätten Sie verhindern müssen und als SPD-Vorsitzender auch am ehesten verhindern können. Dass Sie es nicht getan haben, bleibt als Vorwurf bestehen. Daran kann auch Ihr redliches Buch nichts ändern.

Neoliberalismus in der SPS ? – ein weiterer Seitenblick

Kürzlich hatten wir auch in der Programmkommission der SP Schweiz eine Auseinandersetzung mit diesem Papier, das in *Tobias Kästli* einen, wenn auch einsamen Befürworter fand. Ich erwähne hier seinen Namen, weil er unter Protest aus der Kommission austrat und nun in den Chor der Kritiker an der Parteipräsidentin einstimmt: Es gehe ihr nur darum, der Parteibasis eine Art Schutzimpfung «gegen die neoliberale Seuche» zu verpassen, schreibt er in der neusten Ausgabe der Roten Revue. Die Präsidentin wolle die Kommissionsmitglieder wie «Barfussärztinnen und -ärzte in die Sektionen schicken, um überall nach einem vorgegebenen Schema die Grundwertedebatte anzuzetteln». Richtig ist, dass der Genosse Kästli vergeblich versucht hat, der Programmkommission die Schröder/Blair-Linie beliebt zu machen. Ein derartiger Kurswechsel wäre jedoch der Anfang vom Ende einer selbstbewussten linken Bewegung, als die sich die schweizerische Sozialdemokratie noch immer versteht – unter Einschluss selbst der vehementesten Kritiker der Grundwertedebatte aus dem Umfeld des Alt-Präsidenten Bodenmann.

Gewiss, der *Prozess eines Parteiprogramms* ist langwierig, wenn die Diskussion in den Sektionen gesucht – und gerade nicht gesteuert bzw. «angezettelt» wird. Es wäre soviel einfacher, ein Papier auszuarbeiten, das dann in die «Vernehmlassung» ginge. Noch effizienter wäre es, wenn die Präsidentin selbst ein Grundsatzpapier verfasste, um der Partei den ideologischen Tarif durchzugeben. So wie Kästlis Vorbilder Schröder und Blair es taten...

Auch unseren Genossinnen und Genossen, die das süsse Gift des Neoliberalismus schlürfen, als sei es «eine diskussionswürdige Position» (Kästli), möchte ich Ihr Zitat aus dem *Godesberger Programm* der SPD entgegenhalten: «Wer in den Grossorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, der übt Herrschaftsmacht über Menschen aus... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Grosswirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht... Die Bändigung der Macht der Grosswirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik... Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet.» Warum wird diese Wahrheit umso mehr verschwiegen, je aktueller sie wäre?

Vorrang der Arbeit vor dem Kapital

Was mich besonders beeindruckt, ist Ihr Beharren auf dem sozialethischen Vorrang der Arbeit vor den Gesetzen des Marktes und den Interessen des Kapitals. Sie kritisieren schon den *Begriff «Arbeitsmarkt»*, denn er verleite zur «Vermutung, dass sich Arbeitskräfte, also Menschen, auf einem Markt feilbieten, auf dem dann irgendwelche Kaufwilligen, also Unternehmer, diese Menschen beschäftigen.» Es folgt Ihr trotziges

ABER: «Aber der Mensch ist keine Ware.» Sie entwickeln eine besondere Sensibilität für die Sprache und deren ideologische Besetzung: «Im Zusammenhang mit Menschen Wörter zu benutzen, die eigentlich nur auf Dinge anwendbar sind, zeigt den Verlust an Menschlichkeit in der Politik.»

Die letzte Perversion erfährt dieser «Arbeitsmarkt», wenn er auch noch *«flexibilisiert»* werden soll, so dass «mit Menschen disponiert werden kann wie mit Warenbeständen oder mit Geldbeträgen». Mit *Richard Sennett* sind Sie der Meinung, «flexible Arbeitsverhältnisse» führten «zur Zerstörung des Charakters und zum Verlust der Selbstachtung». Sie führen aber auch zu einer «Mentalität der Unsicheren» und dadurch zum *Verlust der Freiheit:* «Um frei zu sein, braucht man eine feste Arbeit.»

Den neoliberalen *Standortpropheten* halten Sie entgegen, «die Löhne und Arbeitsbedingungen der Menschen seien nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs zu betrachten». Und: «Der Neoliberalismus, der den Arbeitnehmer auf eine Kostenstelle reduziert, hantiert mit sozialem Sprengstoff und rüttelt an den Grundfesten unserer westlichen Zivilisation.» Dabei geht es nicht nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit, sondern auch um die Zukunft der *Demokratie:* «Wo der Geldwert vor der Beschäftigung rangiert, ist die Notenbank wichtiger als die demokratisch gewählten Regierungen.»

Eine globale Sozialdemokratie

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist heute nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen möglich. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist das Kapital am sozialen Frieden und dessen Voraussetzungen nicht mehr sonderlich interessiert. Seine Interessen kann es dank Globalisierung schonungslos durchsetzen. Und bist du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge. Darum wollen Sie die Soziale Marktwirtschaft zunächst einmal auf der *europäischen Ebene* «offensiv vertreten». Sie setzten sich schon im Wahlkampf dafür ein, dass der Sozialabbau in Europa durch «gemeinsame soziale Standards» überwunden werden sollte. Sie sind bald noch der einzige namhafte Politiker der SPD, der den «internationalen Steuersenkungswettlauf» nicht als «gottgegeben» hinnimmt. Der Vorschlag einer europäischen Steuerharmonisierung trug Ihnen von der britischen SUN den Ehrentitel ein, Sie seien der «gefährlichste Mann Europas».

Sie betonen immer wieder, «dass die Idee des Nationalstaates nicht mehr die Grundlage für eine zukunftsweisende Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert sein kann». Heute sei vielmehr «eine Politik gefordert, die an die Tradition des sozialdemokratischen Internationalismus anknüpft und die die sozialen und ökologischen Fragen der nationalen Frage überordnet». Wie recht Sie haben, zeigt die «Anarchie der Finanzmärkte», die «ganze Volkswirtschaften in die Krise» stürzt, den Menschen «Elend und Massenarbeitslosigkeit» bringt. Wiederum geht es um *Markt versus Demokratie:* «Nicht die Märkte, sondern demokratisch gewählte Regierungen und Parlamente müssen die Entscheidungen treffen, die die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmen. Schritt für Schritt muss eine auf internationaler Zusammenarbeit aufbauende Weltinnenpolitik die Antworten auf die Globalisierung geben.»

Wie die *Deregulierung der Kapitalmärkte* eine politische Entscheidung war, so müssen deren verheerende Folgen auch wieder durch politische (Re-)Regulierungen bekämpft werden. Sie schreiben: «Schon die Gründerväter der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien wussten, dass eine Gesellschaft dann nicht gerecht ist, wenn die Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden.» Genau das geschieht heute auf dem globalen Finanzmarkt, indem der IWF Steuergelder aufbringt, um das Risiko unverantwortlicher Spekulationen zu «verstaatlichen». Darum sehen Sie als Ziel einer sozialdemokratischen Weltinnenpolitik «eine neue und faire Weltwirtschaftsordnung, die sich an den Grundsätzen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft orientiert». In

der *Tobin-Tax,* die den kurzfristigen Kapitalverkehr besteuert, liegt auch für Sie «der Schlüssel», «um der weltweiten Finanzspekulation Herr zu werden».

Leider ist es Ihnen nicht gelungen, «aus der Position des deutschen Finanzministers auf eine Neuordnung der Weltfinanzmärkte hin(zu)wirken, um die Währungsspekulation zu bekämpfen». Aber das Kapital hat Sie ernst genommen. Der «Spiegel» schrieb nach Ihrem Rücktritt: «Lobbyisten und Wirtschaftsverbände triumphierten über Lafontaines Abgang, als gelte es, den zweiten Sieg des Kapitalismus über die Planwirtschaft zu feiern.» Jetzt haben Sie das Feld einem Kanzler überlassen, dem an der *Hätschelung des Kapitals* mehr liegt als an sozialer Gerechtigkeit, der schon «die Regierung Jospin mit der schnodderigen Bemerkung brüskierte, die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich sei gut für Deutschland».

Wenn ich Ihr Buch lese, kommt mir die Alternative «Sozialismus oder Barbarei» von Rosa Luxemburg in den Sinn. Barbarei droht, wenn es nicht gelingt, ein «europäisches Sozialstaatsmodell» zu entwickeln und sowohl soziale als auch ökologische Standards auf Weltebene einzuführen. Es wird vor allem eine «Barbarei» des *Rechtsextremismus* sein: «Radikale Parteien werden Zulauf erhalten, wenn die sozialdemokratischen Regierungen Europas die einmalige Chance verspielen, dem Neoliberalismus, der zu dramatischen Währungs- und Finanzkrisen geführt hat, ein sozialdemokratisches Gesellschaftsmodell gegenüberzustellen.»

Wie weiter?

Eben habe ich im «Spiegel» gelesen, dass Sie möglicherweise ein politisches Comeback planen. Aber eigentlich sehe ich Sie nicht mehr in der Rolle des aktiven Politikers, sondern in derjenigen des *programmatischen Vordenkers*. Wenn schon die «deutschen Intellektuellen» nicht zur Stelle sind, um Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln, dann ist es um so wichtiger, dass intelligente Politiker wie Sie, die es vorziehen, radikal statt korrupt zu werden, dem System an die ideologischen und vor allem egoistischen Wurzeln gehen. Schön wär's, wenn demnächst ein Lafontaine/Jospin-Papier als sozialdemokratische Alternative zum neoliberalen Mainstream zustande käme. Es könnte auch ein *Lafontaine/Jospin/Koch-Papier* sein, denn die Präsidentin der SPS teilt Ihre Abneigung gegen neoliberale Grundsatzlosigkeit. Sie würde – mutatis mutandis und bestimmt nicht in der Vergangenheitsform – Ihren Satz unterschreiben: «Den Aufstand gegen den neoliberalen Mainstream zu wagen, das war der Kern meiner Arbeit als Parteivorsitzender der SPD.»

Wie ich Ursula Koch kenne, würde sie ein solches Papier allerdings erst herausgeben, wenn sie es zuvor mit der *Basis* hätte diskutieren können. Sie verstösst damit gegen das «eherne Gesetz der Oligarchie», das 1925 Robert Michels in seiner «Soziologie des Parteiwesens» an den Organisationen der Arbeiterbewegung studierte und das sich auch heute wieder durchzusetzen scheint. Für diesen Tabubruch muss die Präsidentin der SPS denn auch büssen. Die einfachen Mitglieder aber wissen es zu schätzen. Ein alter Genosse schrieb mir dieser Tage: «Die Besinnung auf die Grundwerte muss von der Basis her wie ein Sauerteig von unten alle Mitgliederkreise durchdringen.»

Aber das ist nicht das Thema Ihres Buchs, wiewohl es zu den Weiterungen dieses Themas gehört. In der ganzen Kontroverse begegnen sich letztlich auch der *Wärmestrom* und der *Kältestrom* in der Linken. Bei aller Analyse und Strategie wissen Sie sich dem Wärmestrom verbunden. Sie haben es bei Ihrem Rücktritt gesagt: «Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt. Aber es hat einen Standort. Es schlägt links.» Ich danke Ihnen.

Mit solidarischen Grüssen
Willy Spieler

* Oskar Lafontaine, Das Herz schlägt links, Econ Verlag, München 1999. Die Zitate sind alle diesem Buch entnommen.

Diskussion

Zu Willy Spielers offenem Brief an den Genossen Lafontaine (NW 3/2000)

Lieber Willy

In deinem offenen Brief an Lafontaine nimmst du Bezug auf die Diskussion in der SP-Programmkommission, an der auch ich beteiligt war. Du bezeichnest mich als «einsamen Befürworter des Schröder/Blair-Papiers». Was soll das heissen? Ich hielt es für wichtig, über das Papier zu diskutieren, aber nicht weil ich es «befürworten» oder gegen deine Argumente, die ich zum Teil schon kannte, verteidigen wollte, sondern weil ich hoffte, auf diesem Weg aus der Enge der in der Kommission herrschenden Selbstverständlichkeiten ausbrechen zu können. Das Papier wirft Fragen auf, denen wir uns stellen müssen.

Das Schröder/Blair-Papier: Thesen zum Nachdenken

Im Juni 1999, gerade als die Schröder/Blair-Thesen bekannt wurden, war ich für einen Monat in Berlin und bekam mit, wie sich von Tag zu Tag immer neue Leute zu Wort meldeten. Das Papier war veröffentlicht worden, ohne dass es vorher breit diskutiert, allseitig abgeschliffen und entschärft worden wäre. Gerade deshalb war es geeignet, das Nachdenken anzuregen. Viele Genossinnen und Genossen rieben sich daran, wiesen die provokativen Sätze in pauschaler Art zurück oder, was wertvoller war, versuchten, von ihnen ausgehend oder ihnen widersprechend, sich genauer darüber Rechenschaft zu geben, *was Sozialdemokratie eigentlich sei*. Dieses Sich-Rechenschaft-Geben, dieses Nachdenken wäre doch die Aufgabe einer Kommission, die von den Grundwerten her das Programm der SP Schweiz neu schreiben möchte.

Das Schröder/Blair-Papier ist kein Programm, das wir in irgendeiner Art übernehmen könnten; es geht von politischen Voraussetzungen aus, die in der Schweiz ganz anders sind. Deshalb ist es nicht so, dass ich das Papier der Kommission «beliebt zu machen» versuchte, wie du schreibst. Ich wollte eine *Diskussion* beliebt machen, die, um es ein wenig polemisch zu sagen, über den Konsens hinausgreift, der zwischen dir und Ursula Koch besteht. Denn in unserer Partei muss ein breiteres Spektrum von Meinungen als dasjenige der paar Leute in der Programmkommission Platz haben.

Schröder und Blair seien meine Vorbilder schreibst du, wie wenn ich die Absicht hätte, Regierungschef zu werden. Leider wäre ich dazu ganz und gar unfähig. Ich suche mir also bescheidenere Vorbilder. Was mich in meiner Haltung zu Schröder und Blair von dir unterscheidet, ist lediglich dies: Ich bin vorläufig nicht bereit, die beiden unterschiedslos als Neoliberale einzustufen.

Wir brauchen Reformen

Du teilst offenbar die *Meinung Lafontaines,* wonach die Regierung Schröder seit dem Frühjahr 1999 bereit sei, «die Sozialdemokratie zu verabschieden». Nur Lafontaine wäre deiner Meinung nach im Stande gewesen, innerhalb der neuen deutschen Regierung die sozialdemokratischen Grundwerte zu verteidigen, und als er ging, war «der Damm gegenüber der neoliberalen Flutwelle» gebrochen.

Neoliberale Flutwelle? Was meinst du genau damit? Ich habe den Eindruck, es gebe in der SP eine Tendenz, alles, was in Richtung Umstrukturierung und institutioneller Reform geht, als neoliberal zu brandmarken und zu bekämpfen. Wir brauchen aber Umstrukturierungen und Reformen, damit wir den zwei Hauptproblemen der Gegenwart begegnen können, nämlich erstens den *ökologischen Problemen,* und zweitens den *Problemen des menschlichen Zusammenlebens* in einer Weltgesellschaft, die einerseits durch Mobilität, andererseits durch die tiefe Kluft zwischen stark industrialisierten reichen Ländern und schwach industrialisierten armen Ländern gekennzeichnet ist.

Ich halte die *Grundwertediskussion* und damit auch die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus für *wichtig*. Aber sie sollte nicht völlig abheben von den konkreten Problemen, die politisch zu lösen sind. Politik ist Kommunikation, ist ein Sich-Verständigen, ein Sich-Einlassen auf ein gemeinsames Vorgehen, und dazu braucht es *partiellen Konsens mit Andersdenkenden*. Das ist nur möglich, wenn man nicht ideologische Mauern aufrichtet, wenn man nicht mit Feindbildern arbeitet und um jeden Preis Recht behalten will.

Neoliberalismus nicht überbewerten

Der Neoliberalismus ist eine Ideologie, die gegenwärtig noch im Schwang ist. Einige meinen, er sei bereits wieder am Abklingen. Jedenfalls sollten wir ihn nicht überbewerten. Er entstand, wie in verschiedenen Aufsätzen in den Neuen Wegen dargelegt wurde, in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dominierend war aber damals der *Sozialstaatsgedanke*. Diesem gegenüber vermochte sich der Neoliberalismus lange Zeit nicht durchzusetzen. Er war getragen von einer kleinen Clique von Ökonomen, die konsequent alle staatlichen Regulierungen im Bereich der Wirtschaft abschaffen wollten, um einzig «die Gesetze des Marktes» spielen zu lassen.

Erst als sich seit den achtziger Jahren die latent schon immer vorhandene Kritik am Sozialstaat wegen der wachsenden Kosten allmählich verdichtete, sahen sich die neoliberalen Ökonomen bestätigt, wurden kecker und kühner, betrieben eine eifrige *Propaganda,* und an allen Universitäten und in allen Zeitungsredaktionen wurde ihnen nachgeplappert.

Das Überhandnehmen des neoliberalen Diskurses heisst noch lange nicht, dass sich die Welt neoliberalen Vorstellungen fügen würde. Der Neoliberalismus vermag nicht alles wegzuspülen, was sich ihm widersetzt. Schauen wir doch die Realität in den EU-Ländern und in der Schweiz an. Überall sehen wir *kräftige Sozialstaaten,* die zwar partiell umgebaut, aber keineswegs abgeschafft werden.

Schreckliche Vereinfachungen

Viele SP-Mitglieder haben inzwischen die einfache Sprachregelung angenommen: Alles, was uns missfällt, ist neoliberal. Die Welt wird in *Schwarz und Weiss, Gut und Bös* eingeteilt. Lafontaine gut, Schröder schlecht. Jospin gut, Blair schlecht. Service public gut, Privatwirtschaft schlecht, AHV gut, private Vorsorge schlecht ... Das Gute zählt zur sozialdemokratischen Seite, das Schlechte zur neoliberalen Seite.

Angesichts dieser schrecklichen Vereinfachungen bin auch ich keck und kühn geworden und habe in meinem Artikel in der Roten Revue den Neoliberalismus als eine *diskussionswürdige Position* bezeichnet: «Wir Sozialdemokratinnen haben eine Position, die uns von der neoliberalen unterscheidet. Aber wie genau? Die neoliberale Herausforderung gibt uns Gelegenheit, über unsere eigene Position schärfer nachzudenken.» So formulierte ich es und meinte damit: Wir sollten uns herausfordern lassen, phantasievoll werden und manche liebgewordenen Meinungen in Frage stellen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Insofern der Neoliberalismus nicht einfach eine Wirtschaftsdoktrin ist, sondern alte Anliegen des klassischen *politischen Liberalismus* transportiert, ist er ernst zu nehmen. Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine freiheitliche, offene Gesellschaft und keine verbiesterte Gesellschaft, wie sie Orwell in seinem Roman «1984» dargestellt hat. Es ist lehrreich, dieses Buch wieder zu lesen, denn Orwell beschreibt nicht einfach irgendeine Utopie, sondern er versucht Tendenzen zu erkennen und zu verdichten, die er damals, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, beobachtete, und zwar nicht nur im stalinistischen Russland, sondern durchaus auch in England.

Zentral in Orwells Buch ist die Auseinandersetzung mit *«Neusprech»,* mit einer armseligen, auf wenige Wörter eingeschränkten Restsprache, die der Phantasie keinen Raum lässt, die differenziertes Reden und damit auch differenziertes Denken verunmöglicht. Neusprech regelt die Bedeutung der Wörter so, dass je nach Bedarf immer auch das Gegenteil gemeint sein kann.

Neusprech ist überall, und zwar auch im Jahr 2000. Da ist von den «Freiheitlichen» die Rede, und gemeint sind Haider und Konsorten in Österreich, die die Freiheit mindestens insofern verraten, als sie den Ausländern die freie politische Betätigung, die Partizipation verwehren wollen, um sie desto eher ausgrenzen und zu Sündenböcken machen zu können. Passen wir auf, dass wir Begriffe wie Freiheit und Liberalismus nicht verludern lassen, denn sonst könnten wir auch deren konkreten Gehalt verlieren.

*

Zum Schluss gestatte ich mir eine Bemerkung, die mit dem Vorangehenden vielleicht auch etwas zu tun hat: Deine Aussage, ich sei unter Protest aus der Kommission ausgetreten, ist nur die halbe Wahrheit, denn ich protestierte schon als Mitglied der Kommission, zuerst so sanft, dass die Vorsitzende es leicht überhören konnte, schliesslich nachdrücklich genug, um gehört zu werden, worauf mich Ursula Koch kurzerhand von der Liste der Kommissionsmitglieder strich.

Mit freundlichen Grüssen
Tobias Kaestli

Wie die Sozialdemokratie nicht den Kapitalismus, sondern sich selbst überwindet

Lieber Tobias

Dein Ausscheiden aus der SPS-Programmkommission hat bei mir – und nicht nur bei mir – einige Irritation hinterlassen. Nicht etwa weil Ursula Koch dich von der Liste gestrichen hätte, sondern weil du dies noch immer behauptest. Ich erinnere mich sehr genau an die letzte Sitzung, an der du teilgenommen und dich vergeblich darum bemüht hattest, uns das Schröder/Blair-Papier – meinetwegen als Diskussionsgrundlage – beliebt zu machen. Einen Abend lang haben wir nach Argumenten für diese Diskussionsgrundlage gesucht und beim besten Willen keine gehört, auch nicht von dir. Darauf hast du dich aus der Kommission zurückgezogen. Ursula Koch und alle andern anwesenden Kommissionsmitglieder haben deine Reaktion bedauert, denn Schröder hin – Blair her, wir schätzten deine Arbeit und waren durchaus nicht bereit, auf sie zu verzichten. Ich hab's mit eigenen Ohren gehört: Dreimal hat dich Ursula Koch gebeten, trotz deiner Enttäuschung in der Kommission weiterzuarbeiten. Dreimal hast du dich verweigert und deinen Austritt als unumstösslich deklariert. Und nun verkündest du in allen Medien, die es hören wollen, die ach so autoritäre Ursula Koch habe dich wegen deiner missliebigen Meinung verstossen...

Das Beispiel ist typisch für die Art und Weise, wie Genossinnen und Genossen versuchten, Ursula Koch zum Rücktritt zu zwingen (und dabei erst noch von der Täter- in die Opferrolle zu schlüpfen). Das ist dir und den andern auch gelungen, nicht weil unsere demokratisch gewählte Präsidentin hätte zurücktreten wollen, sondern weil sie schliesslich aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste. Darüber bin ich empört. Denn damit geht der sozialdemokratischen Politik nicht nur eine überragende Persönlichkeit verloren, durch das – da und dort an Intrige oder Mobbing grenzende – Verhalten der Koch-Gegner und ihrer Mittäterinnen wurde auch der Grundwert der Solidarität zutiefst verletzt. Dieser Grundwert ist für die SP zentral. Er kann glaubwürdig nach aussen nur vertreten werden, wenn er auch im Innenverhältnis der Partei praktiziert wird. So sehr Kritik gegenüber einer Parteipräsidentin oder einem Parteipräsidenten angebracht sein mag, so wenig darf diese Kritik die Solidarität verletzen oder verdrängen.

Das Schröder/Blair-Papier – ein Kotau gegenüber dem Neoliberalismus

Du lobst das Schröder/Blair-Papier, weil es nicht «allseitig abgeschliffen und entschärft worden» sei und gerade deshalb zum «Nachdenken» anrege. Ich habe ein *anderes Papier* gelesen, eines, das von Leerformeln nur so strotzt, Langeweile verbreitet und von den wenigstens interessierten Genossinnen und Genossen zu Ende gelesen wird. Es ist eine Zumutung für alle, die von ihrer Vernunft noch einen kritischen Gebrauch machen. Das Papier ist nicht nur abgeschliffen, es ist aalglatt – wie die beiden «Staatsmänner», die dafür verantwortlich zeichnen. Franco Cavalli bringt es auf den Punkt: «... dass ich selten in meinem Leben ein Grundsatzpapier gelesen habe, das intellektuell so schwach war wie jenes von Blair und Schröder. Es enthält keine Analyse der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse... Es ist ein Papier, das man kaum diskutieren kann...» (Weltwoche, 20.4.2000).

Das einzige Provokante ist die Beleidigung an die Adresse der *traditionellen Sozialdemokratie,* dass sie mit ihrer Sozialpolitik eine egalitaristischen (Ergebnis-)Gleichheit betrieben habe, womit Schröder/Blair der neoliberalen Ideologie aufsitzen, die sich durch die beiden Parteichefs, die sie zu allem Überdruss auch noch sind, bestätigt fühlen darf.

Wenn schon *Neue Mitte* oder *Dritter Weg,* dann halte ich mich lieber an *Anthony Giddens,* der den beiden Begriffen wenigstens ein Profil gibt, das sich durch einen *ökologischen* Umbau der Gesellschaft und eine weltweit durchzusetzende *soziale Gerechtigkeit* definieren liesse. Von beidem scheint das Schröder/Blair-Papier keine Ahnung zu haben. Es ist kein Beitrag für einen linken Diskurs, sondern eine weitere Streicheleinheit für die Neoliberalen, deren Kreise es nicht im geringsten stören will. Seine Zumutung für die (noch bestehende) Linke aber besteht darin, dass es den Markt als naturgegeben hinnimmt und den Standortwettbewerb munter mitmacht. Es will zwar die Menschen beruflich immer besser qualifizieren, aber nicht aus emanzipatorischem Interesse, sondern als «Humankapital». Dieser Begriff stellt gerade nicht die Menschen in den Mittelpunkt, sondern instrumentalisiert sie für den zum Selbstzweck gewordenen globalen und totalen Markt. «Links» verkommt hier bestenfalls zur Reparaturkolonne für die Schäden, die das System hinterlässt, zu dem es angeblich keine Alternative mehr gibt. Schröder/Blair gefallen sich im Kotau vor einem System, das endgültig gesiegt hat, wenn ihm kein Widerstand mehr erwächst.

Zu diesem Schröder/Blair-Papier habe ich alles Nötige in einem früheren «Zeichen der Zeit» gesagt (Dezemberheft 1999, S. 368ff.). Solltest du die Diskussion fortsetzen, bin ich dir dankbar, wenn du auf dieses «Zeichen der Zeit» und vielleicht auch auf das folgende über «Globalisierung

und Reich Gottes» (Januarheft 2000, S. 23ff.) eingehst.

Einig gegen Schwarz-Weiss-Malerei

Lieber Tobias, ich geb's ja gerne zu: In der Art und Weise, wie du mir materiell antwortest, bist du besser als dein Ruf, den du dir inzwischen bei vielen verbliebenen Linken, auch bei mir, eingehandelt hast. Du willst nichts wissen von Markt pur, von Deregulierung und Sozialabbau. Du plädierst – wenn ich dich recht verstehe – auch für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, ja für eine weltweite Sozialpolitik, um die Kluft zwischen armen und reichen Ländern zu überwinden. Du gehst damit über das Schröder/Blair-Papier hinaus, das diese beiden Probleme nicht zu kennen scheint.

Nicht folgen kann ich dir bei deiner Verharmlosung des *massiven Sozialabbaus,* der heute nicht nur durch die ideologische Agitation von rechts, die unter dem Stichwort «Eigenverantwortung» den «Fürsorgestaat» propagiert, sondern auch durch die reale Politik der bürgerlichen Mehrheit betrieben wird. Nichts gegen einen Umbau des Sozialstaates, wenn dieser dadurch eine umfassende Existenzsicherung – natürlich kombiniert mit Anreizen für sinnvolle Erwerbsarbeit – gewährleistet. Aber wenn du meinst, die «überall» bestehenden «kräftigen Sozialstaaten» würden keineswegs abgeschafft, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Für die Schweiz hat soeben Christine Goll in einem WoZ-Artikel (20.4.2000) aufgezeigt, wie AHV, berufliche Vorsorge, IV, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung nicht nur «umgebaut», sondern auch «abgebaut» werden sollen, wenn es nach der bürgerlichen Mehrheit ginge. Während etwa die vom Bundesrat präsentierte 11. AHV-Revison mit einem Leistungsabbau von 1,2 Mia. Franken einhergeht, verspricht der freisinnige Finanzminister den Banken und Gutbetuchten Steuergeschenke, die den Staat soviel kosten, wie bei der AHV «gespart» werden soll.

Aber mit Recht wendest du dich gegen jede politische Schwarz-Weiss-Malerei (die du eben noch gegen Ursula Koch erfolgreich betrieben hast). In der Tat ist der Staat nicht das Gute schlechthin – der bürgerliche Staat schon gar nicht – und die Privatwirtschaft des Teufels. Worauf es ankäme, wäre doch gerade, *ethische Kriterien* der sozialen Gerechtigkeit und Partizipation (Mitbestimmung) für Staat *und* Privatwirtschaft zu entwickeln. Aber der Neoliberalismus ist nur schon deswegen keine «diskussionswürdige Position», weil er von einer solchen Sozialethik nichts wissen will – so explizit F.A. von Hayek. Es sind gerade die Neoliberalen, die eine Schwarz-Weiss-Malerei betreiben, indem sie den Staat verteufeln und den Markt glorifizieren.

Wichtig ist auch deine Unterscheidung zwischen Neoliberalismus und *politischem Liberalismus*. Nur müsstest du den «Neusprech» erwähnen, der beides miteinander gleichsetzt. Fakt ist, dass der Markt immer weniger freiheitsverträglich ist, je totaler er dereguliert wird. Er untergräbt die Demokratie und stellt nicht den Menschen, sondern den Profit in den Mittelpunkt. Er unterläuft das Prinzip der Gewaltenteilung, das nicht nur innerhalb der staatlichen Organe, sondern auch zwischen Staat und Wirtschaft gelten sollte. Er ist in der Tendenz totalitär, obschon er das Gegenteil zu sein behauptet, eben als «Neusprech» daherkommt.

Über all diese Fragen möchte ich mit dir diskutieren. Aber dazu habe ich nicht auf das Schröder/Blair-Papier gewartet. Es eignet sich nur, um zu zeigen, wie die *Sozialdemokratie* nicht den Kapitalismus, sondern sich selbst überwindet und dadurch *überflüssig* wird. Aber das sind gewiss nicht die Zukunftsperspektiven, die wir, wir beide, brauchen oder wollen.

Mit einem herzlichen Gruss
Willy Spieler

Time out und anders weiter, Sozialdemokratie!

Obwohl oder gerade weil ich nicht Mitglied der SP bin, erlaube ich mir, meine (partei)-unabhängige Meinung zu den jüngsten *Ereignissen in der SP Schweiz* kundzutun. Was sich in den letzten Monaten in der SP abgepielt hat, ist keineswegs ein Kasperlitheater, wie die JUSOS verharmlosend behaupten, sondern ein unglaubliches *Trauerspiel*, das einer fortschrittlichen und ethischen Werten verpflichteten Partei absolut unwürdig ist. Der überraschende *Rücktritt der* zweimal demokratisch von der Parteibasis gewählten Präsidentin Ursula Koch ist nur die logische Konsequenz des gegen sie gerichteten *intrigenreichen Machtkampfes* an der Parteispitze, der für Aussenstehende wie mich absurd und schwer verständlich ist.

Nach dem Trauerspiel ...

Sie, lieber Herr Spieler, werfen in Ihrem Zeichen der Zeit einen erhellenden *Blick hinter die Kulissen* der Machtspiele in der SPD und SPS, der sehr viel Unerfreuliches offenbart. Das fast allgegenwärtige *süsse Gift des Neoliberalismus*

entfaltet seine verheerende, pathologische Wirkung bis tief in Parteien hinein, die bis anhin immun gegen dieses Gift waren und deshalb das Attribut «links» zu Recht trugen. Gewisse *Parallelen zwischen SPD und SPS* sind so augenfällig, dass ich mich allen Ernstes frage, ob sich die Schweizer Sozialdemokratie noch damit brüsten darf, ihren *linken Idealen* bis heute treu geblieben zu sein. Die ehemalige SP-Politikerin Emilie Lieberherr spricht unverblümt von einer schleichenden *«Verbürgerlichung»* dieser Partei. Meine Frage dürfte nach dem Ausscheiden der geradlinigen, glaubwürdigen und kämpferischen *«Rosa Luxemburg»* (Jean Ziegler über Ursula Koch) aus der Führungscrew erst recht an Aktualität gewinnen. Nicht von ungefähr gilt Ursula Koch nicht nur bei den Rechten und bei den Massenmedien, sondern auch in gewissen linken Kreisen als *«gefährlichste Frau der Schweiz»* – gefährlich für die herrschenden Ideologien des Neoliberalismus und Nationalkonservatismus.

... ein Time out !

Als überzeugter, aber auch kritischer *Linker*, der sich links von der in die «neue, rot-grüne Mitte» tendierenden SP und Grünen Partei positioniert, rufe ich die Sozialdemokratie auf, umgehend ein *Time out*, d.h. eine Denkpause, einzuschalten und danach anders als bisher fortzufahren. Zu diesem «anders weiter» gehört im Wesentlichen auch das Lösen der *politischen Hausaufgaben*, welche die SP wegen der Führungskrise sträflich vernachlässigt hat. Damit meine ich einesteils eine offensive, kraftvolle Abwehr der ungeheuerlichen *Angriffe der Blocher-Partei* auf die SP (abscheuliche Faschismusvorwürfe) und auf den Sozialstaat (Pläne für einen radikalen Kahlschlag), andernteils ein *neues Grundsatzprogramm*, das die Schweizer Sozialdemokratie dringend braucht angesichts des grassierenden ultrakapitalistischen *Neoliberalismus* und rechtsextremistischen *Nationalkonservatismus*, die beide eng zusammenhängen und die das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Klima fundamental vergiften. Sie, lieber Herr Spieler, betonen ausdrücklich in NW 11/99: «Je grundsätzlicher antisozialistisch von rechts her politisiert wird, umso mehr *tut ein Grundsatzprogramm not*, das die Grundwerte des demokratischen Sozialismus in Erinnerung ruft und anhand der Fragen unserer Zeit konkretisiert.» Wie Recht Sie doch haben!

Öko-Sozialismus statt Turbo-Kapitalismus!

Die SP sollte, statt ihre Kräfte in internen Macht- und Richtungskämpfen zu verschleissen, sich zusammenraufen und das Motto der deutschen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert befolgen: *«Einigkeit macht stark!»* Sie sollte in einem konstruktiven Klima des gegenwärtigen Respekts die von Ursula Koch lancierte basisdemokratische *Grundwertediskussion* vorantreiben und diese in ein neues, radikales *Grundsatzprogramm* der Partei münden lassen, das die Bezeichnung «links» wirklich verdient. Dieses Programm sollte für das 21. Jahrhundert tauglich sein, auf den ethischen und politischen Grundwerten des *demokratischen Öko-Sozialismus* basieren, nicht bloss kosmetische Korrekturen des herrschenden sozioökonomischen Systems, sondern die *Überwindung des* entfesselten, globalisierten, sozial und ökologisch absolut ruinösen *Kapitalismus* anvisieren und ein zukunftsweisendes Konzept für einen neuen, dritten Weg jenseits von kollabiertem Kasernen-Kommunismus und konkurrenzlosem Kasino-Kapitalismus entwickeln. Dieser *Dritte Weg* darf keinesfalls verwechselt werden mit dem vom Neoliberalismus stark geprägten sogenannten «dritten Weg» von Blair und Schröder, der die zentrale *Systemfrage* bewusst ausklammert und das kapitalistische System durch keine echte Alternative ersetzen will.

Der Schweizer Sozialdemokratie wünsche ich, dass sie die erwähnten Hausaufgaben gewissenhaft macht und sich den berühmten Appell des Schriftstellers Günter Eich zu Herzen nimmt: *«Seid unbequem! Seid Sand, nicht das Oel im Getriebe der Welt!»*

Kein Geringerer als Michail Gorbatschow, der sich anschickt, in Russland eine sozialdemokratische Partei zu gründen, streut Sand ins Getriebe der turbokapitalistischen Weltideologie, wenn er sagt: «*Jesus und Marx* sind verkannt und falsch verstanden worden. Beide gehören zu den *wichtigsten Ideengebern* für die Gegenwart. Wir brauchen ihre Werte, wenn wir eine neue Zukunft schaffen wollen.» Dieses weise Statement ist die richtige Antwort auf das, was mein Coiffeur, ein aus Italien in die Schweiz emigrierter katholischer Kommunist, auf den Punkt bringt: «Die Menschheit und die Menschlichkeit haben keine Zukunft wegen der *Versklavung durch den Privatkapitalismus*.» Wer im Mainstream mitschwimmt und nichts (mehr) von der Systemfrage wissen will, willigt also in die eigene Versklavung ein. Bekanntlich wählen nur die dummen Kälber ihre Metzger selber!

Mit sehr kritischen, aber trotzdem solidarischen Grüssen eines NW-Lesers, dessen *Herz* – wie dasjenige der Neuen Wege – kerngesund ist, weil es ganz klar *links schlägt* und an keiner Börse gehandelt wird ...

Mit herzlichen und solidarischen Grüssen
Maximilian Schürmann